

Rede von Willy Brandt vor dem Bundestag über die Situation der Europäischen Gemeinschaften (Bonn, 28. März 1974)

Legende: Am 28. März 1974 gibt Willy Brandt einen kritischen Kommentar zum Stand des europäischen Aufbauwerks ab. Heftig kritisiert er das Unvermögen der Mitglieder der Gemeinschaften, eine gemeinsame Position in der Energiekrise zu vertreten. Der Bundeskanzler bedauert das schwierige Verhältnis zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Vereinigten Staaten und betont, dass der europäische Integrationsprozess nicht ohne das Einverständnis der Vereinigten Staaten geschehen kann. Weiterhin spricht er über die Schwierigkeiten der Neun, die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften voranzutreiben, und schlägt eine Konsolidierungsphase vor.

Quelle: Verhandlungen des deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode. 91. Sitzung vom 28. März 1974. Stenographische Berichte. Hrsg. Deutscher Bundestag und Bundesrat. 1974, Nr. 87. Bonn. p. 6096-6101.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten. Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_vor_dem_bundestag_uber_die_situation_der_europaischen_gemeinschaften_bonn_28_marz_1974-de-fbee34a4-2073-4e8b-8151-a6494fa152f4.html

Publication date: 03/07/2013

Rede von Willy Brandt vor dem Bundestag (Bonn, 28. März 1974)

Brandt, Bundeskanzler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen meines Herrn Vorredners können mich nicht davon abhalten festzustellen, daß auch aus meiner Sicht das Geschehen der letzten Monate in Europa und in der Welt besorgniserregend genannt werden muß.

Es erfüllt mich mit Sorge, daß das westliche Europa nicht fähig war, auf die Energiekrise einheitlich zu reagieren, ja, daß die in 15 Jahren, wenn auch widersprüchlich gewachsene Europäische Gemeinschaft selbst angesichts der neuen Probleme nicht frei war und nicht frei ist von der Gefahr der Rückentwicklung.

(Abg. Wehner: Sehr wahr!)

Ich sehe mit Sorge, daß zwischen Europäern und Amerikanern unangenehme, peinliche Kontroversen, auch kleinliche Sticheleien ausgetragen wurden und ausgetragen werden. Anlaß zur Sorge ist auch das Mißtrauen, Herr Kollege Strauß, mit dem mancherorts der Dialog unserer amerikanischen Hauptverbündeten mit der Führung der Sowjetunion begleitet wurde und begleitet wird.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Lassen Sie mich zu diesen Punkten folgendes in aller Deutlichkeit feststellen:

Erstens. Die Organisation der **europäischen Einigung** bleibt unser geschichtlicher Auftrag. Jeder Versuch aber, dieses Europa gegen **Amerika** organisieren zu wollen, würde unsere Zustimmung nicht finden können.

(Beifall bei der SPD.)

Zweitens. Ausgleich und **Freundschaft mit unseren französischen Nachbarn** bleiben das Kernstück des europäischen Einigungswerkes. Eine Wahl zwischen Washington und Paris wollen und werden wir uns dabei nicht aufzwingen lassen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Drittens. Das Bemühen um Entspannung, um **Kooperation zwischen den Staaten in Ost und West**, um zunehmende Friedenssicherung steht nicht im Gegensatz zur atlantischen Zusammenarbeit und zur weisteuropäischen Einigung, im Gegenteil, unsere Ostpolitik oder das, was man so nennt,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

hat im Westen begonnen und wird immer im Westen verankert bleiben, meinte Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Daran ändert auch nichts, daß die CSU, deren Vorsitzender hier gesprochen hat, und ein beträchtlicher Teil der CDU,

(Zuruf von der CDU/CSU: Lesen Sie mal Conrad Ahlers! — Abg. Seiders: Sprüche!)

was diesen ganzen Sektor der Politik angeht, wieder bei ihrem sterilen Nein gelandet sind. Damit müssen Sie fertig werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Zuruf von der CDU/CSU: Lesen Sie mal Conrad Ahlers! — Abg. Dr. Carstens [Fehmarn]: Lesen Sie mal die Papiere von Herrn Bahr durch! — Abg. Haase [Kassel]: Sie müssen mehr Zeitung lesen, Herr Kanzler! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

Viertens. Europa wird nicht von allein.

(Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU.)

Schon als Wirtschaftsgemeinschaft bedarf es immer wieder neuer Impulse.

(Abg. Haase [Kassel]: Das hat ihm die Firma Harprecht aufgeschrieben!)

Ein automatischer **Übergang** von der wirtschaftlichen **zur politischen Organisation** hat nicht stattgefunden, und es wird ihn nicht geben.

Europa braucht aber nicht nur Ungeduld, Europa braucht auch Zeit.

(Abg. Damm: Hat aber nicht mehr viel!)

Mit Pathos und Beschwörungen und sogar mit Verfassungsentwürfen werden wir die vor uns liegenden Schwierigkeiten nicht meistern.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Was uns abverlangt wird, ist tägliche zähe Arbeit.

(Abg. Seitzers: Alles Sprüche!)

Dabei darf man das Ziel ganz gewiß nicht aus dem Auge verlieren.

Es sind nicht spezifisch deutsche, sondern allgemein westliche und allgemein europäische Sorgen, die mich heute an diesen Platz geführt haben. Unsere Beziehungen zu den einzelnen Hauptstädten sind ungetrübt, vielfach ausgezeichnet. Aber so unangebracht es wäre, dies in Zweifel ziehen zu wollen, so angebracht ist es, hinzuzufügen: Die Tatsache, daß unsere **bilateralen Beziehungen** in Ordnung und, wie ich nochmals sage, weithin ausgezeichnet sind — so hat es der amerikanische Außenminister bei beiden Besuchen im Laufe eines Monats in Bonn von sich aus gesagt —,

(Zuruf von der CDU/CSU: Er hat auch etwas anderes gesagt!)

kann uns nicht befriedigen; denn der Hintergrund, auf dem sich die bilateralen Beziehungen abspielen, ist alles andere als befriedigend. Es ist notwendig, dies in aller Deutlichkeit festzuhalten.

Ich füge ohne Schärfe, jedoch mit Nachdruck hinzu: Die in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft politisch Verantwortlichen werden im Laufe dieses Jahres, also 1974 — nicht irgendwann —, nicht nur gerade noch rechtzeitig erkennen, sondern auch handeln müssen. Sie würden ihren Völkern viel schuldig bleiben, wenn sie die Dinge weiter treiben ließen, wie es in der letzten Zeit auf vielen Gebieten geschehen ist.

Was die Völker in diesem Teil in der Welt und darüber hinaus nicht brauchen können, ist der Rückfall in Denkgewohnheiten und Verhaltensweisen des vergangenen Jahrhunderts oder jene Zersetzung, zu der übertriebenes Mißtrauen und engstirniger Nationalismus zwangsläufig führen. Was die Staatengemeinschaft braucht, meine Damen und Herren, ist eine Wiederbelebung der guten Praktiken — ich unterstreiche: der guten Praktiken —, die nach dem zweiten Weltkrieg entwickelt wurden, ergänzt um die Erfahrungen, die aus dem kalten Krieg abgeleitet werden konnten und mußten und die aus den die gesamte Menschheit, nicht nur die akut hungernden Völker, bedrohenden Gefahren zusätzlich abgeleitet werden müssen.

Es geht also um die Lösung der vielfach neuen Probleme im Innern und um die Behauptung nach außen in der sich so rasch verändernden Welt.

Ich nehme in Kauf, mit dem, was ich dazu jetzt sagen will, dem einen oder anderen aufdringlich zu erscheinen. Aber mir kommt es darauf an, dringlich und eindringlich hierzu zu sprechen. Ich hoffe, daß dies bei unseren Freunden draußen gehört wird.

Die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland überschätzen und übernehmen sich nicht, aber sie entziehen sich auch keiner der Pflichten, die sie als Europäer, als loyale Bündnispartner, als Verfechter einer konstruktiven Friedenspolitik haben, und sie werden diesen ihren Pflichten nachgehen, auch wenn eine Debatte wie diese sie dabei nicht sonderlich unterstützt.

(Beifall bei der SPD. — Widerspruch bei der CDU/CSU.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier nach vielen aufgeregten und verwirrenden Meldungen der letzten Wochen zum **europäisch-amerikanischen Verhältnis** folgendes feststellen:

Es gibt aus unserer Sicht und Verantwortung und aus unserer Überzeugung keine europäische Einheit, die auf die atlantische Sicherheit verzichten könnte. Ein lebensfähiges **atlantisches Bündnis** kann auf die Einigung Europas nicht verzichten. Andererseits: Ein, wie man sagt — und warum nicht? —, europäisches Europa ist nicht die Alternative zur atlantischen Allianz, sondern — wie man ebenfalls sagt, und zwar kürzlich auch in Paris — der zweite starke Pfeiler, den diese atlantische Allianz braucht, wenn sie die Prüfungen dieses Jahrzehnts bestehen will.

Ich begrüße es, daß der Präsident der Vereinigten Staaten die europäisch-amerikanische Allianz wiederum als wichtig für den Weltfrieden und für die Vereinigten Staaten von Amerika bezeichnet hat. Das ist auch unsere Überzeugung. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Europa und Amerika muß über das offensichtlich gemeinsame Interesse auf dem Gebiet der Sicherheit hinaus alle wesentlichen Bereiche der gegenseitigen Beziehungen umfassen. Und zu dem nicht überwiegenden aus den Ausführungen meines Vorredners — womit ich mich ausdrücklich einverstanden erkläre — gehört der in diesem Zusammenhang gebrachte Hinweis auf die **unlösliche Verbindung der währungs-, handels- und sicherheitspolitischen Fragen** in diesem Zusammenhang. Dabei gilt es, darauf zu achten, daß die Eigenständigkeit der europäischen Entscheidungen und der Gleichklang von Amerika nebeneinander gewahrt bleiben.

Wenn Amerika und Europa die beiden Pfeiler der atlantischen Zusammenarbeit bilden, dann darf es weder ständige Konfrontationen noch kann es Unterordnung geben. Ich scheue mich nicht, in diese Betrachtung den altmodischen Begriff der Rücksichtnahme einzuführen und füge gleich hinzu, daß dies natürlich keine Einbahnstraße ist. Gegenseitige Achtung und Rücksicht auf die jeweiligen Standpunkte sind erforderlich und möglich, wenn Information und Konsultation gut funktionieren.

(Zuruf von der CDU/CSU: Barmherzigkeit mit der Sowjetunion!)

Ich habe vor Jahr und Tag den organischen **Dialog zwischen Europa und Amerika** gefordert und immer wieder Vorschläge dazu gemacht, Vorschläge, von denen heute schon zu Recht gesagt wurde, daß sie zunächst nicht überall viel Zustimmung gefunden haben. Ein solcher Dialog muß zu einem Ausgleich verschiedener Interessen und zur Annäherung unterschiedlicher Meinungen führen. Es liegt auf der Hand, daß die Europäer dabei nicht immer den amerikanischen Standpunkt übernehmen können. Aber noch sicherer ist es für mich, daß sie diesen Standpunkt nicht durchweg abzulehnen halben werden.

Im übrigen irrt mein Herr Vorredner mit dem, was er über die Antwort — und wie er es nennt, eine angemessene Antwort — auf die **Rede des jetzigen amerikanischen Außenministers vom 23. April 1973** gesagt hat. Eine Woche, nachdem diese Rede gehalten wurde, haben der Bundesaußenminister und ich, nämlich am 30. April und am 1. Mai vergangenen Jahres, als die ersten Partner aus Westeuropa hierüber mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und seinem damaligen Sicherheitsbeauftragten und dem damaligen amerikanischen Außenminister gesprochen. Seitdem — darüber können sich doch die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses im einzelnen informieren, wenn sie es nicht längst wissen — ist doch kein Monat, nein, keine Woche vergangen, in der nicht, weithin gestützt auf deutsche Initiativen, auf deutsche Vorschläge, über zwei Dokumente zwischen der amerikanischen Regierung und den europäischen Regierungen verhandelt worden ist — nein, nicht nur den europäischen Regierungen, denn bei dem einen Dokument, dem, das eigentlich direkt anknüpft an die damalige Kissinger-Rede in New York, geht es ja um eine Neubeschreibung, eine Bestätigung, eine Weiterführung der atlantischen Allianz.

Da sind neben den Neun der erweiterten Gemeinschaft noch andere Europäer beteiligt, wie wir wissen,

außerdem jenseits des Atlantik noch die Kanadier. Aber es lag aus unserer Sicht und nicht von vornherein gleichermaßen — was ich niemandem übelnehme — nicht so sehr auch im Sinne der amerikanischen Anregung, daß parallel dazu das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und den neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft politisch, aber auch daraus herauswachsend zusätzlich sicherheitspolitisch beschrieben werden müsste.

Es kann doch nun wirklich niemand bestreiten, das dies Gegenstand intensiver Beratungen während all dieser Monate gewesen ist. Niemand, der sich die Mühe macht, sich zu informieren, wird auch sagen können, die Bundesregierung habe sich hierum nicht intensiv und energisch bemüht. Man kann uns alles mögliche vorwerfen — das ist das gute Recht der Opposition — , aber man soll nicht auf diese Weise, wie es hier eben geschehen ist, die Wahrheit auf den Kopf stellen, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich habe eben schon darauf hingewiesen, daß **westeuropäische Einigung und Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa** sich nicht widersprechen. Im Gegenteil, wir sehen die westliche Einigung als gute Voraussetzung für die allmähliche Entwicklung einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit dort, wo diese von der Sache her möglich ist. Auf diesem Gebiet hat es Erwartungen, natürlich auch Enttäuschungen gegeben, aber doch auch unverkennbare erste Ergebnisse. Sie gilt es konsequent weiterzuverfolgen und auszubauen.

(Abg. Breidbach: Bla, bla!)

Ist es nun, so möchte ich fragen, aus europäischer Sicht geboten, dem amerikanisch-sowjetischen Dialog mit Mißtrauen oder gar mit Feindseligkeit zu begegnen? Nein, ich meine, dies sei nicht nur nicht geboten, sondern es sei auch in keiner Weise berechtigt. Gewiß, die Europäer müssen aufpassen, daß ihre aktuellen und künftigen Interessen gewahrt bleiben; aber sie müssen auch achtgeben, daß sie selbst und andere nicht durch mißverständlichen europäischen Eifer zu unvernünftigen Aktivitäten gedrängt werden.

Nehmen wir die **Mittelmeer- und Nahostpolitik**: Es bedarf keiner näheren Begründung, wie starke Interessen hier aus europäischer Sicht im Spiel sind. Zweifellos wäre es gut und läge es im Sinne einer Friedensstabilisierenden Politik, wenn Europa in dieser Nachbarregion am anderen Ufer des Mittelmeers politisch stärker präsent wäre und wirksamer sein könnte, als das heute der Fall ist. Niemand kann es auch den Europäern verübeln, wenn sie gewissermaßen vor der eigenen Haustür — besser, wie ich eben zu sagen versuchte, von dieser Seite des Mittelmeeres aus — bemüht sind um den Frieden, um wirtschaftlichen Austausch, ja auch um Öl, um die Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten, mit Israel, mit allen Völkern dieser großen und bedeutenden Region.

(Abg. Breidbach: Einerseits — andererseits!)

Nur: Europa darf seine Aufgabe natürlich nicht darin sehen, die Friedensbemühungen anderer, schwer wie sie sind, noch schwerer zu machen oder zu komplizieren.

(Zustimmung bei der SPD.)

Nebenbei gesagt: mein Vorredner hat die Frage gestellt, ob es nicht an der Zeit sei, die europäischen und die amerikanischen — oder in umgekehrter Reihenfolge: die amerikanischen und die europäischen — Auffassungen und Positionen zu den Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen — das, was man SALT nennt, SALT II — und über den möglichen Abbau von Truppenstärken in Europa — das, was man MBFR nennt — wieder auf einen Nenner zu bringen. Diese Frage geht an der Wirklichkeit vorbei. Auch hier kann ich wiederum nur empfehlen, daß die im Einzelnen interessierten Kollegen die Regierung im Auswärtigen Ausschuß befragen. Dann werden sie erfahren, wie auch bei dem zweiten Besuch des amerikanischen Außenministers, der erst wenige Tage zurückliegt — vor seiner Reise in die Sowjetunion —, zusätzlich zu dem, was im NATO-Rat besprochen wird, die Positionen zu SALT erneut miteinander verglichen und à jour geführt worden sind, und daß im NATO-Rat die Positionen für die Verhandlungen in Wien über den möglichen gegenseitigen ausgewogenen Abbau von Truppenstärken bis ins einzelne

miteinander abgestimmt sind. Auch hier ist es nicht richtig, wenn es auch mehr in der Form einer Frage geschah, der Öffentlichkeit, die uns zuhört, einen Eindruck zu vermitteln, der ganz und gar von der tatsächlichen Lage abweicht.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern werden wir immer wieder zu prüfen haben, wie wir solchen Gefahren, von denen ich eben sprach, als ich die mögliche Erschwerung von Friedensbemühungen anderer erwähnte, ausweichen und doch das tun können, was in dieser Zeit auf dem Wege zu stärkerer europäischer Interessenwahrung und größerer europäischer Weltgeltung möglich ist.

Was den **gegenwärtigen Zustand der Europäischen Gemeinschaft** selber angeht, so ist es schwer — davon war schon die Rede —, diesen Zustand anders als kritisch zu nennen. Allerdings bezieht sich diese meine Bemerkung nicht darauf, daß Herr Kollege Strauß meinte, seine negative Beurteilung dieses Zustandes Europas in erster Linie aus dem ableiten zu können, was er für die Mängel und Schwächen der Bundesregierung hält.

(Abg. Wehner: Sehr wahr!)

Ich habe mich gefragt, als er so sprach, von welchem Europa er eigentlich spricht, in welcher Welt er eigentlich lebt.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wenn man sich umschaute in Europa und miteinander vergleicht, wer was für Europa tut in dieser Zeit, dann kann man nur, wenn man durch eine dicke parteipolitische Brille sieht, zu dem Urteil kommen, zu dem Herr Strauß hier gekommen ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wenn ich etwas spitzer formulieren würde, würde ich sagen: Es war ein nicht gelungener Versuch, einer antifranzösischen Rede einen Drall gegen die eigene Regierung zu geben.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Was im übrigen den Zustand der Gemeinschaft angeht, will ich sagen: Die Erweiterung, für die wir uns nachdrücklich einsetzten, hat noch nicht — wer wollte es leugnen — zu dem erhofften neuen Auftrieb geführt. Großbritannien wünscht eine Reihe von Fragen zu diskutieren. Das wird also geschehen. Die Grundlagen der Römischen Verträge dürfen nicht erschüttert und ihre Ziele nicht in Frage gestellt werden.

(Abg. Kroll-Schlüter: Strauß . . . Gaullist!)

In der Errichtung der **Wirtschafts- und Währungsunion** hat es in den vergangenen Monaten bedauerliche Rückschläge gegeben. Das dämpft zwar zu hohe Erwartungen, kann uns aber nicht von der Zielsetzung abbringen. Die **politische Zusammenarbeit** hat gewisse Fortschritte gemacht, steckt aber in ähnlichen Schwierigkeiten, wie wir sie bei der Definition des Verhältnisses zu Amerika erleben.

Die **Europäische Union**, die durch die Pariser Konferenz vom Oktober 1972 als übergreifende und umfassende Aufgabe bis zum Ende dieses Jahrzehnts bezeichnet wurde, hat auch begrifflich noch kaum konkretisiert werden können. Aber den Beginn hat die deutsche Regierung damit gemacht, wie der Außenminister hier in seiner Rede darlegte.

Die **Institutionen der Gemeinschaft** sind noch nicht eigentlich auf ihre Schwächen abgeklopft worden, jedenfalls nicht von den Regierungen. Und besonders unbefriedigend bleibt es, daß die **Rechte des Europäischen Parlaments** nicht angemessen erweitert worden sind. Deshalb begrüße auch ich so sehr den Antrag, den hierzu die Koalitionsfraktionen eingebracht haben.

Für mehr als bedenklich halte ich es, daß der Versuch, der auf der Kopenhagener Konferenz im Dezember unternommen wurde, eine **europäische Energie- und Rohstoffpolitik** zu entwickeln, zunächst zu wenig mehr als nichts geführt hat.

(Abg. Dr. Carstens [Fehmarn]: Ja, ja!)

Es hat nun, meine Damen und Herren, meiner Meinung nach keinen Sinn, sich nicht bewußt zu machen, daß die unterschiedliche Situation in den Mitgliedstaaten eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik auf kürzere Sicht leider sehr schwierig erscheinen läßt. Keine verbalen Aktionen bringen uns aus dieser Unterschiedlichkeit der ökonomischen Lage in den verschiedenen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft heraus.

(Abg. Damm: Sehr richtig!)

Weitreichende Initiativen — ich muß dies so offen sagen, wie es gesagt werden muß — auf diesem Gebiet sind zur Zeit kaum durchführbar.

(Abg. Dr. Marx: Das wird eine Schlagzeile in der Zeitung!)

Hier mit dem Kopf durch die Wand zu wollen, ist so, wie es auf anderen Gebieten auch wäre: daß das der Wand zur Not noch besser bekommt als dem Kopf.

(Heiterkeit. — Abg. Haase [Kassel]: Es kommt auf das Köpfchen an!)

Meine Damen und Herren, das sagt sich leicht, aber darin steckt zugleich der Hinweis — und auf den kommt es mir an —, wie schwierig es ist, zur gemeinsamen Abwehr der Geldentwertung vorzustoßen. Meine Damen und Herren, die Sie für die Opposition sprechen: Wer dies in diesem Augenblick der Öffentlichkeit nicht auch sagt, sondern so tut, als ob Reden zur Wirtschafts- und Währungsunion heute und morgen zu etwas führen könnten, der lenkt die Aufmerksamkeit ab von der bitteren Tatsache, daß wir uns mit der Geldentwertung leider noch eine ganze Weile auseinandersetzen müssen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Aha! — Weitere lebhaftere Zurufe von der CDU/CSU)

ohne zu der gebührenden gemeinsamen europäischen Aktion kommen zu können. So sieht es praktisch aus.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Haase [Kassel]: Das erzählen Sie seit vier Jahren! Seit vier Jahren klopfen Sie diesen Spruch! Wie haben wir es dahin gebracht, von 2 auf 10%? Diplom-Inflationist! Sie machen doch die Inflation! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

Wie muß eine Konsolidierungsphase aussehen, die diese Bezeichnung verdient? Ich nenne einige Schwerpunkte:

Erstens: **Sicherung und, wo möglich, Ausbau des Gemeinsamen Marktes** in allen seinen Bestandteilen, insbesondere also des freien Warenverkehrs und auch der gemeinsamen Agrarpolitik.

Zweitens. **Struktur- und Ausgleichsmaßnahmen auch auf regional- und sozialpolitischem Gebiet.** Aber ich füge auch hier der Ehrlichkeit halber, auf die unsere Mitbürger Anspruch haben, gleich hinzu: ohne daraus unrealistische finanzielle Verpflichtungen abzuleiten.

Drittens. Formulierung einer **gemeinsamen Energiepolitik**, wobei eine Energieagentur nach dem Modell anderer nachgeordneter Gemeinschaftsbehörden in Betracht kommen könnte. Bei der Gestaltung der gemeinschaftlichen Außenbeziehungen auf diesem Gebiet werden die Arbeiten der Washingtoner Energiekonferenz zu beachten sein.

Viertens. Wenn gemeinsame wirtschafts- und währungspolitische Maßnahmen, wie sie für die eigentliche zweite Phase der Wirtschafts- und Währungsunion in Betracht kämen, jetzt nicht anstehen, sollte doch eingehend geprüft werden, ob nicht im Bereich der **Steuerharmonisierung** konkrete Fortschritte erzielt

werden können.

Fünftens. Weiterhin unbeirrtes Bemühen, die **Arbeitsweise der Institutionen der Gemeinschaft** zu verbessern, besonders die Befugnisse des Europäischen Parlaments auszubauen und auch — so wie es der Herr Bundesaußenminister heute Vormittag entwickelt hat — die politische Zusammenarbeit weiterzuentwickeln.

Ich fordere den Rat und die Kommission der Gemeinschaft sowie die Mitgliedsregierungen auf, unverzüglich die Formulierung eines derartigen, zwar begrenzten, aber realistischen Programms aufzunehmen.

Im übrigen habe ich mir entsprechend dem Beschluß von Kopenhagen die Entscheidung vorbehalten, ob ich meinen Kollegen eine neue Präsidentschaftskonferenz Ende Mai in Bonn vorschlagen werde. Im Augenblick spricht mehr dafür, hierauf zu verzichten; denn ich meine, ein derartiges Treffen sollte nur dann stattfinden,

(Zuruf von der CDU/CSU: Kurz vor der Niedersachsen-Wahl!)

wenn zuvor in einigen wichtigen Fragen die Vorbereitungen so weit gediehen sind, daß Impulse oder Leitlinien der Staats- und Regierungschefs normalen Ratsentscheidungen den Weg ebnen können.

Die vertraulichen Aussprachen bei Treffen zwischen den Staats- und Regierungschefs erachte ich aus meiner bisherigen Erfahrung als ein nützliches Element, das dem Einigungsprozeß insgesamt dienlich sein kann. Aber wir sind nicht darauf aus, bei uns eine Konferenz durchzuführen, wenn die Wahrscheinlichkeit nicht für ein mindestens bescheidenes positives Ergebnis spricht.

Es wäre überhaupt verfehlt und unglaublich, wenn die Regierungen ihre Aufmerksamkeit den Zukunftsbildern zuwendeten, statt die konkreten Aufgaben zu lösen.

(Sehr gut! bei der CDU/CSU.)

Das Ideal von übermorgen darf nicht zur Entschuldigung werden, die Mühsal des Tages zu ignorieren.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Beifall und Bravo-Rufe bei der CDU/CSU. — Abg. Hasse [Kassel]: Das hat Herr Gaus mal gesagt!)

Zur europäischen Union sagen wir unverdrossen ja.

(Abg. Seiders: Sprüchemacher!)

Ich meine, ihre Kraft wird sich stärker erweisen

(Abg. Haase [Kassel]: Jetzt kommt es wieder!)

als die Rebellion nationaler Egozentrik.

(Abg. Dr. Mertens (Gerolstein): Sagt das auch Egon Bahr? — Abg. Haase [Kassel]: Jetzt kommt noch die „Barmherzigkeit“!)

Denn das sind Versuche zur Flucht aus der Wirklichkeit. Die Wirklichkeit aber gebietet, sich auf Europa als das Feld neuer Vitalität einzustellen.

Die nächste **deutsch-französische Konsultation** hat aus Gründen, die ich nicht näher zu beschreiben brauche, um einen Monat auf Anfang Mai verschoben werden müssen. Ich sehe dieser neuen Begegnung in der Hoffnung und in der Überzeugung entgegen, daß der Wunsch auf beiden Seiten gleich groß ist, die Zeit der Ungewißheit in der europäischen Szene und im europäisch-amerikanischen Verhältnis bald zu beenden. Für beide Völker, in diesem Fall Frankreich und uns, steht zuviel auf dem Spiel. Die intensive und umfassende Verständigung mit unseren französischen Nachbarn bleibt für uns — ich unterstreiche es — das

Fundament unserer Europapolitik. Und an die Adresse meines Vorredners noch einmal: Es kann überhaupt keine Rede davon sein, sondern es wäre auch hier eine völlige Verzeichnung der Wirklichkeit, davon zu sprechen, daß diese Regierung es nicht als eine wichtige Aufgabe betrachtet hätte, das Instrument des deutsch-französischen Vertrags zu nutzen. Wir haben es genutzt, wir werden es nutzen. Wir werden den Vertrag in den Dienst der gemeinsamen europäischen Sache stellen. Was ich nicht akzeptiere — und ich sage das mit Betonung nach der Rede, die wir vorhin gehört haben —, ist jene politische Schwarzweißmalerei, zu der die Vorstellung einer Wahl zwischen Europa und der Atlantischen Allianz dann schließlich immer wieder gehört.

Ich muß es — wie ich hier noch einmal klargemacht habe — auch ablehnen, die Politik der westlichen Partnerschaft und Einigung in Frontstellung zum Bemühen um Kooperation zwischen Ost und West zu bringen oder sie von der zunehmend bedrückenden Problematik im Nord-Süd-Verhältnis abzukapseln.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Dies darf, meine sehr verehrten Anwesenden, nicht die Zeit der schrecklichen Vereinfacher sein,

(Zuruf von der CDU/CSU: Wer tut denn das?)

auch nicht die Zeit derer, die Gefangene der Vergangenheit sind, ohne sich dessen bewußt zu sein.

Vielleicht kann von dieser Aussprache trotz allem auch etwas ausgehen, was denjenigen unserer europäischen Mitbürger hilft, die Vernunft und Sicherheit und Zukunft meinen, wenn sie Europa sagen.

(Anhaltender Beifall bei den Regierungsparteien.)